



## Europa Aktuell 4/2022

### **Aktion Schneeflocke – BürgermeisterInnen schreiben BürgermeisterInnen**

*Die in der Gemeinde Kuchl geborene Idee, mit russischen Bürgermeistern in Kontakt zu treten, könnte von der Schneeflocke zum Schneeball werden. Direkte Briefe von Kommunalpolitikern an ihre russischen Amtskollegen sollen die öffentliche Debatte in Russland anheizen.*

Vizebürgermeisterin Carmen Kiefer und Bürgermeister Thomas Freylinger verfassten einen gemeinsamen Brief an russische Amtskollegen, mit dem an die jahrzehntelange Zusammenarbeit zwischen russischen und ukrainischen Gemeinden und deren gemeinsame Ziele, nämlich die Daseinsvorsorge der eigenen Bevölkerung zu garantieren, erinnert wird. Die russischen Bürgermeistinnen und Bürgermeister werden aufgefordert, den Bürgern Zugang zu echter Information zu gewähren, einen offenen Diskurs zu ermöglichen und für ein Ende des Krieges – der als solcher klar zu benennen ist – einzutreten.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sollten Impulsgeber des Friedens sein, daran will der Brief die russischen Amtskollegen erinnern.

Politiker, die die Aktion unterstützen wollen, können sich an das [Brüsselbüro](#) des Gemeindebundes wenden, das Ihnen den Musterbrief auf Deutsch und Russisch sowie eine Adressliste russischer Gemeinden zur Verfügung stellt.

### **Ukrainischer Gemeindebund fordert Solidarität**

*Der Krieg in der Ukraine wird in Städten und Gemeinden ausgetragen, leidtragend ist die gesamte Bevölkerung. In einem offenen Brief ersucht der Präsident des Ukrainischen Städte- und Gemeindebundes um Solidarität europäischer Verbände.*

Vitaliy Klitschko, Bürgermeister von Kiew und Präsident des ukrainischen Städte- und Gemeindebundes, ersucht die europäischen Schwesterverbände um Solidarität mit den ukrainischen Gemeinden. In einem offenen Brief warnt er davor, dass der Angriff auf die Ukraine ein Angriff auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und den Respekt der Menschenrechte ist und fordert die europäischen Verbände und Kommunalpolitiker auf, sich gegenüber ihren Regierungen für harte Sanktionen gegen Russland auszusprechen.

Viele ukrainische Städte und Gemeinden haben den europäischen Dachverband [RGRE/CEMR](#) direkt mit Listen benötigter Hilfsgüter kontaktiert, die bei Interesse weitergegeben werden können. Der CEMR ist in laufendem Austausch mit den ukrainischen Verbänden und Gemeinden und hat eine Taskforce eingerichtet, die Hilfesuchende und Helfende zusammenbringen und über Beiträge der lokalen und regionalen Ebene beraten soll.

Die ukrainischen Kommunalverbände sind Mitglieder des Dachverbands RGRE/CEMR, welcher die Angriffe verurteilt. Verbände und Kommunalpolitiker können die Erklärung des CEMR, welche ukrainischen Gemeinden Hilfe und Know-how beim Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur zusichert, mitunterzeichnen. Der europäische Dachverband weist darauf hin, dass jede Flüchtlingswelle zuerst immer die Gemeindeebene trifft, weshalb in den betroffenen Ländern eine schnelle Koordinierung zwischen Kommunalverbänden und zuständigen Ministerien erforderlich ist.

<https://ccre.org/en/activites/view/47>

### **Europarat suspendiert Russland – kommt Russland seinem Ausschluss zuvor?**

*Nach der Invasion der Ukraine sprach sich die Mehrheit der Mitgliedstaaten des Europarats Ende Februar für eine Suspendierung der russischen Mitgliedschaft aus. Jetzt sendet Russland Signale, von sich aus auszutreten, ohne jedoch ein offizielles Schreiben an den Europarat geschickt zu haben.*

Nicht dass Russland ein vorbildliches Mitglied des Europarats gewesen wäre. Aber die Mitgliedschaft eröffnete russischen Bürgern Zugang zum Menschenrechtsgerichtshof und russischen Mandataren Gelegenheit zum Dialog mit anderen. Nachdem das Ministerkomitee des Europarats beschlossen hatte, Russland von künftigen Sitzungen des Ministerkomitees, der Parlamentarischen Versammlung sowie des Kongresses der Gemeinden und Regionen auszuschließen, dauerte es gut zwei Wochen, bis Russland auf eigenen Kanälen seinen Austritt ankündigte, ein offizielles Austrittsschreiben ging bis dato beim Europarat jedoch nicht ein.

Der Entzug der Vertretungsrechte führt dazu, dass Russland weiterhin Mitglied des Europarates und Vertragsstaat seiner Konventionen bleibt, was russischen Bürgern den Zugang zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof ermöglicht.

Am 14. und 15. März diskutiert die Parlamentarische Versammlung jedoch weitere Schritte, die aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen im Ukraine-Krieg zu einem Ausschluss Russlands führen dürften.

Russland ist einer der größten Beitragszahler des Europarats, seine Zahlungseinstellung nach Reaktionen auf die Annexion der Krim stürzte den Europarat bereits vor einigen Jahren in eine finanzielle Krise, die auch im Kongress deutlich zu spüren war.

Diesmal gibt es aber Zeichen aus Deutschland und Frankreich, einen Teil des Ausfalls kompensieren zu wollen.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen wird sich auf seiner [Plenarsitzung](#) Ende des Monats mit der aktuellen Situation in der Ukraine befassen. Ursprünglich wollte man den Monitoringbericht zur lokalen Selbstverwaltung diskutieren, dieser Punkt weicht jetzt einer Debatte über die aktuelle Lage. Präsident Zelenskyy wird möglicherweise per Videoschaltung teilnehmen.

<https://www.coe.int/en/web/portal/-/council-of-europe-suspends-russia-s-rights-of-representation>

## **EU-Datengesetz: Vorschlag liegt am Tisch**

*Ende Februar präsentierte die EU-Kommission den Vorschlag für den sog. Data Act. Damit soll erstmals auch der Datenzugang business2government festgelegt werden. Behörden sollen dadurch im Bedarfsfall Zugang zu Unternehmensdaten erhalten.*

Der Data Act ist nach dem Data Governance Act der zweite große Gesetzgebungsvorschlag im Zusammenhang mit der Datenwirtschaft. Erklärtes Ziel der Kommission ist die Stärkung des europäischen Datenbinnenmarkts bei gleichzeitiger Wahrung digitaler Rechte.

Der Data Act verfolgt drei große Ziele:

- Verbraucher sollen über ihre Daten, v.a. aus Internet of Things-Anwendungen, frei verfügen können;
- Die Wahlfreiheit der Verbraucher soll gestärkt werden, indem Geräte und mit ihnen verbundene Dienstleistungen entkoppelt werden;
- Die Datenwirtschaft soll durch Datenaustausch business2business, business2government, business2consumer gestärkt werden.

Aus kommunaler Sicht interessiert v.a. Kapitel V, das den Zugang von Behörden zu Unternehmensdaten regelt. Im Katastrophenfall oder zur Gefahrenabwehr sollen Unternehmen relevante Daten mit den zuständigen Behörden teilen. Doch auch zur Erfüllung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags oder statistischer Datensammlung können Unternehmensdaten angefordert werden.



Dies ist ein klarer Paradigmenwechsel, der die Bedeutung aktueller Daten auch im Bereich der Daseinsvorsorge anerkennt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_1113](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1113)

### **EU-Fördertöpfe für Breitbandausbau**

*Die EU-Kommission veröffentlichte eine Broschüre, die einen Überblick über europäische Fördermöglichkeiten für den Breitbandausbau gibt.*

Bei den Fördertöpfen handelt es sich jedoch nicht um Projektförderungen, die von interessierten Gebietskörperschaften direkt beantragt werden können, sondern um einen Überblick bestehender Fördermöglichkeiten etwa im Rahmen der Kohäsionspolitik oder der Aufbau- und Resilienzfazilität. D.h. es liegt v.a. an der Prioritätensetzung der Mitgliedstaaten, welche EU-Mittel wo zum Breitbandausbau beitragen. Das Pilotprogramm WIFI4EU wird in dieser Förderperiode leider nicht fortgesetzt, stattdessen unterstützt die Connecting Europe Fazilität (CEF) den 5-G Ausbau.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/eu-funding-broadband-2021-2027>